

Bürgerhaushalt 2013/14:

Liste der Vorschläge zur Haushaltssicherung

(Thematische Sortierung)

Abfallentsorgung

Müllkostenabgabe für Verursacher von Werbemüll einführen (Nr. 395)

Vorgeschlagen wird die effektivere Einbindung, unter anderem durch Zwangsabgabe, von Potsdamnutzern in die Haushaltssicherung, inklusive Werbeabgabe. Potsdam könnte sauberer werden, wenn Müllbeseitigung und Werbemüll durch teurere Verursacherkosten geregelt würde (unter anderem für CoffeeToGoPappbecher, Werbezeitung, unnötiges Verpackungsmaterial).

Mehr Sauberkeit an Haltestellen (durch Touristenabgabe) (Nr. 133)

Über "Touristenabgaben" könnte dafür gesorgt werden, dass 1-Euro-Jobber regelmäßig die Wartehallen an den Straßen sauberhalten, zB Zigarettenkippen entfernen, Papierkörbe leeren oder überhaupt welche anbringen. Diese Orte sind Schmutzstellen in unserer Stadt, egal wer dafür die Verantwortung hat.

Mülleimer für ein sauberes Potsdam sponsern (Nr. 413)

In vielen Städten sieht man an Parkplätzen und Grünanlagen "sprechende Mülleimer". Diese tragen die Werbeaufschriften der Sponserer und danken dem umweltbewussten Müllentsorger via Sprachansage für das ordnungsgemäße entsorgen des eigenen Mülls. Um Potsdam sauberer zu gestalten und Händlern und Gewerbetreibenden ein weiteres Werbemittel an die Hand zu geben, das gleichzeitig optischen Ansprüchen genügt, könnte man oben beschriebene Mülleimer - auch nach corporate Design der Stadt - anbieten. Gewerbetreibende würden dann für das Aufstellen und die Entleerung bezahlen und als Gegenleistung darauf werben dürfen.

Sondermüllgebühren einführen (Nr. 225)

Sondergebühr für Straßenreinigung der Unternehmen, deren Müll auf der Strasse und in überfüllten Mülleimern landet (z.B. Mc Donalds Brandenburger Strasse oder die herrenlosen, kostenlosen Zeitungen).

Sperrmüllbeseitigung kostenpflichtig (Nr. 300)

Ich bin dafür, dass die Sperrmüllbeseitigung in Potsdam wieder kostenpflichtig sein sollte. Unangemeldete Sperrmüllecken verschmutzen die Stadt. Zwar ist es eigentlich kein Problem, eine Sperrmüllentsorgung anzumelden, jedoch tun das nicht alle Bürger. Nach dem Motto "Was nichts kostet, ist nichts wert" plädiere ich dafür, die Sperrmüllbeseitigung wieder kostenpflichtig durchzuführen. Dass dadurch auch die Einnahmen der Stadt steigen würden, ist ein wesentlicher Vorteil.

Aktionswoche "Potsdam räumt auf" einführen (Nr. 303)

Gemeinsamer Frühjahrsputz für die ganze Stadt. Zeitraum: ca. 10 Tage (incl. 2 Wochenenden), z.B. Ende März. Eine gemeinsame Aktion, die die ganze Stadt erfaßt, wäre m.E. identitätsstiftender und die Notwendigkeit käme eher ins Bewusstsein der gesamten Bevölkerung als die vielen kleinteiligen Putz-Subotniks (diese wären dann ja ohnehin davon erfasst). Könnte als Wettbewerb ausgerufen werden: wieviel Müll wird insgesamt gesammelt, wo am meisten etc., wer kümmert sich um den Bereich xy? Ggf. auch Prämierung der originellsten Aktion(en).

Bürgerhäuser und bürgerschaftliches Engagement

Kosten für Bürgerbefragungen sparen (Nr. 146)

Die hohen Kosten für so sinnlose Befragungen (u.a. auch Bad) sollten eingespart werden. Entscheidungen sollten aufgrund von Sachverstand und Nutzen getroffen werden und nicht aufgrund von Wünschen einer relativ kleinen Bevölkerungsgruppe (die antwortet).

Bürgerhaushalt abschaffen (Nr. 55)

Der Bürgerhaushalt bietet derzeit mehr Frust als Lust. Ca 75.000 Euro kostet das Verfahren jährlich (ohne Personalkosten, wie ich bei der Auftaktveranstaltung erfuhr). Das Geld sollte besser zur direkten Umsetzung von anderen wichtigeren Maßnahmen eingesetzt werden. Über den Haushalt der Stadt könnte aber trotzdem in der bestehenden Form informiert werden.

Ehrenamtsarbeit stärken für Naturschutz und Grünpflege (Nr. 4)

Ihr pflege seit ca. 20 Jahren die Vorgärten der Stadt - zuerst in der Galileistraße, wo wir zuerst gewohnt haben. Im Leibnitzring (von Nr. 5-10) habe ich erneut die Pflege der Vorgärten vor unserem Haus aufgenommen. Zusammen mit den Gärtnern sorgen wir für ein sauberes Umfeld. Weil mir die Erhaltung der Natur und der Umwelt wichtig ist, habe ich zudem die Pflege der Rabatten im Wohnhof übernommen, neben dem Schneiden der Sträucher im Vorgarten. In bin gelernte Zierpflanzengärtnerin. Meine Arbeit ist seit langem ehrenamtlich. Ich bringe mich aus vollen Herzen ein. Ich bin von der Stadt für meine Arbeit mehrmals ausgezeichnet worden, was mich sehr ehrte. Es zeigt, welche Verantwortung hinter meiner ehrenamtlichen Arbeit steckt und dass sie es wert ist. Die Blumen kaufe ich selber oder ziehe sie selber auf. Ich will mich auch weiterhin für unsere Natur einsetzen. Sparen könnte man, wenn jeder sich ehrenamtlich von Herzen einbringen würden. Denn es gibt Dinge, die sind nicht mit Geld zu bezahlen, aber sehr wertvoll. Mir geht es darum, mich nicht als den Nabel der Welt zu sehen, sondern mit den anderen aktiv etwas für den Naturschutz zu tun.

Gemeindesteuern

Geringe einkommensabhängige Stadtsteuer für den Bürgerhaushalt (Nr. 93)

Geringe einkommensabhängige Stadtsteuer für den Bürgerhaushalt

Einnahmen erhöhen (Mieten, Pachten, Gemeindeanteile an Steuern) (Nr. 145)

Damit Potsdam das Haushaltsdefizit verringern kann, sollten sonstige Erträge und Entgelte und Einnahmen von Mieten und Pachten (Minimum Anpassung an derzeit gültigen Kommunalen Mietspiegel) erhöht werden. Ebenfalls sollte der Gemeindeanteil an

Bundessteuern - so möglich - maximal optimiert werden, sodass höhere Einnahmen entstehen.

Erträge erhöhen und erheben (Nr. 149)

Damit Potsdam das Haushaltsdefizit verringern kann, sollten Zuweisungen und Zuschüsse sowie die Hundesteuer erhöht und diese Zahlungen auch eingetrieben werden. So wird der Dreck auf den Straßen und Grünflächen eingedämmt und Geld kommt in die Kasse.

Einnahmen für Tabakwaren und Bußgelder erhöhen (Nr. 340)

Folgende Einnahmen können erhöht werden: Preise für Tabakwaren und Bußgelder

Einnahmen erhöhen (Nr. 345)

Damit Potsdam das Haushaltsdefizit verringern kann, sollten folgende Einnahmen erhöht werden. Dies gelingt beispielsweise durch die Einführung einer Touristensteuer, Mautgebühren für Privatboote aus anderen Bundesländern, eine freiwillige Abgabe zur Erhaltung der Kanäle und Gewässer oder mehr Kontrolle der Hundesteuermarken.

Schuldenabbau realisieren (Nr. 58)

Meiner Meinung nach sollte ein deutlicher Schuldenabbau realisiert werden. Dies kann - wie im Text zur Haushaltssicherung beschrieben - über eine Reduzierung von Personalkosten durch Verbesserung von Verwaltungsabläufen, den Verzicht auf die Förderung kultureller Projekte / Einrichtungen, die Reduzierung der Leistungen im Bereich der Grünflächenpflege, eine Erhöhung der Grundsteuer und städtischer Gebühren oder durch Erhebung von Nutzungsgebühren für Sportstättennutzung bei Vereinen geschehen!

Anhebung des Hebesatzes (Nr. 310)

Der Hebesatz Potsdams sollte über einige Jahre stark erhöht werden, damit ungenutzte Grundstücke endlich sinnvoll bewirtschaftet werden. So gibt es momentan zahlreiche Grundstückseigentümer in Potsdam, die spekulativ ihre geerbten Ländereien brach liegen lassen. Aber genau diese Flächen werden für Gewerbe respektive Einnahmen durch Gewerbesteuern und den erforderlichen Wohnungsbau benötigt. Die Anhebung des Hebesatzes würde die Grundsteuern erhöhen und Immobilien mit hohen Potenzialen werden endlich wieder in den Markt gebracht. Ökonomisch hieße das, die Grundstücke würden wirtschaftlich und letztendlich für das Allgemeinwohl sinnvoll genutzt werden. Vielleicht könnte man auch anregen, im gleichen Zeitraum die Grunderwerbssteuer durch das Land zu senken. Dies würde oben genannten Effekt verstärken, da dann nicht nur Verkäufer williger wären, sondern auch Käufer.

Freiluft-Heizgeräte besteuern (Nr. 301)

Zur Einschränkung des Gebrauchs von Heizgeräten im Freien (Heizpilze) sollten empfindliche Gebühren erhoben werden, um diese umweltschädlichen Anlagen schließlich aus dem Straßenbild zu verdrängen.

Hundesteuer erhöhen und regelmäßig kontrollieren (Nr. 30)

Eine Hundesteuer sollte erhöht und auch regelmäßig die Marken kontrolliert werden.

Hundesteuer verdreifachen (Nr. 164)

Um das Haushaltsdefizit Potsdams zu verringern sollten die Einnahmen der Hundesteuer um das Dreifache erhöht und gleichzeitig mehr Geld für die Reinhaltung der Stadt eingesetzt werden.

Hunde-Steuer verdoppeln (Nr. 190)

Um das Haushaltsdefizit in Potsdam zu verringern, wird vorgeschlagen, die Hundesteuer zu verdoppeln.

Hunde-Steuer verdoppeln (Nr. 193)

Um das Haushaltsdefizit in Potsdam zu verringern, wird vorgeschlagen, die Hundesteuer zu verdoppeln.

Erhöhung der Hundesteuer (Nr. 464)

Damit Potsdam das Haushaltsdefizit verringern kann, sollte die Hundesteuer erhöht werden. Potsdam hat zu viele Hunde und die Hundebesitzer sind auch nicht in der Lage, den Kot ihrer Hunde zu entfernen. Viele Spielplätze und Parks sind voller Dreck.

Katzensteuer einführen (Nr. 253)

Zur Verringerung des Potsdamer Haushaltsdefizits wird die Einführung einer Katzensteuer vorgeschlagen.

Katzensteuer einführen (Nr. 287)

Ich finde man sollte eine Katzensteuer einführen, denn es wäre nur fair den Hundehaltern gegenüber. Ich sehe oft Leute mit ihren Katzen draußen und ich denke mal nicht das die Halter die Hinterlassenschaften wegnehmen.

Raucher besteuern (Nr. 449)

Die Raucher in Potsdam sind so zahlreich vorhanden, was wohl nur noch durch Berlin zu überbieten ist. Hier wäre eine zusätzliche Steuer denkbar, die durch den Mehraufwand zur Stadtreinigung von Zigarettenkippen erklärbar wäre. Im übrigen ist es nicht einsehbar, dass Sozialhilfeempfänger scheinbar so viel Geld bekommen, dass sie sich davon auch noch Zigaretten kaufen können! Beim Kauf einer Schachtel Zigaretten müsste also jeder einen extra Beitrag zahlen.

Erhöhung der Zweitwohnsitz-Steuer (Nr. 540)

Potsdam wird für Viele zum Urlaubssitz und verliert damit an Lebensqualität und erschwinglichem Wohnungsraum für die, die daran teilhaben wollen. "Zweit-Wohner" sollten auch einen Beitrag leisten und ein entsprechender Beitrag zur Reduzierung des Haushaltsdefizits getan.

City-Maut für Autos einführen (Nr. 321)

Vorgeschlagen wird die Einführung einer City-Maut für den motorisierten Individualverkehr. Potsdamer Autobesitzer leisten die Maut über eine Jahreskarte. Damit ließe sich die

bisherige Bevorzugung des motorisierten Individualverkehr umkehren und eine zusätzliche Einnahmequelle erreichen.

Tourismussteuer erheben (Nr. 111)

Jeder Tourist, der in Potsdam übernachtet, sollte eine bezahlbare Tourismussteuer zahlen.

Kurtaxe / Touristenabgabe einführen (Nr. 135)

Damit Potsdam das Haushaltsdefizit verringern kann, sollte eine Kurtaxe / Touristenabgabe eingeführt werden, um die Einnahmen zu erhöhen.

Touristenabgabe/Bettensteuer einführen (Nr. 398)

Es sollten mehr direkte oder indirekte Touristenabgaben, wie Bettensteuer für Übernachtungen -gerade privat und Pensionen- eingefordert werden.

Tourismusabgabe für Potsdam (Nr. 195)

In Potsdam sollte es eine Tourismusabgabe geben. Wie ich Zeitungsartikeln entnehmen konnte, gibt es dazu unterschiedliche Ansichten der Stadtpolitik. Auch fand eine Befragung unter den Tourismusverbänden statt. Ob das erhobene Geld einer solchen „freiwilligen Fremdenverkehrsabgabe“ dann für die Pflege des Parks Sanssouci oder für die Förderung der Kultur eingesetzt wird, ist aus meiner Sicht zunächst nicht wichtig. Meinetwegen kann damit auch der Tourismus selbst beworben werden, sodass die Stadt hier nicht selbst Ausgaben tätigen muss. Die Branche stellt eine nicht zu vernachlässigende Wirtschaftskraft für Potsdam dar. Die Umsätze sind in den letzten Jahren gestiegen. Es müssen Lösungen gefunden werden, die weitere Belastung des städtischen Haushalts zu verhindern.

Grünanlagen und Spielplätze

Bürgersponsoren für mehr Bänke (Nr. 249)

Es wird vorgeschlagen, mehr Bänke aufzustellen und diese die Einwerbung von Sponsoren (Bürgern) zu bezahlen und dann mit dem Namen des Sponsors versehen.

Baumpartnerschaften einführen (Nr. 304)

Anwohner könnten "Partnerschaften" für Bäume oder Grünflächen ihrem direkt Umfeld übernehmen. Dazu sollten Anwohner gezielt informiert und um Unterstützung gebeten werden. Ähnlich wie auf gespendeten Parkbänken oder Kanalpfeilern, könnten die Paten (auf Wunsch) dann öffentlich benannt werden. Damit könnten die Ausgaben für die Baumpflege reduziert werden und die Einwohner würden mehr für Ihre direkte Umgebung verantwortlich. Sicherlich auch ein Schritt hin zu einer sauberen Stadt.

Parkgebühren erheben (Nr. 160)

Es sollten Parkgebühren erhoben und der Eintritt für alle Schlösser und Gärten um 1 Euro erhöht oder erhoben werden, da diese durch Neuanpflanzungen und Grünpflege usw. erhalten werden müssen.

Bürger-Pflegeverträge für Grünanlagen und Spielplätze (Nr. 367)

Grün- und Blumenanlagen sowie Spielplätze können selten von berufstätigen Anwohnern gepflegt werden. Für eine geringfügige Aufwandspauschale sind sicherlich rüstige ältere

Bürger in Wohngebieten dazu bereit. Der Vorteil für die Stadt oder auch für Wohnungsgesellschaften: Die Anwohner erkennen selbst den Reinigungs- bzw. Pflegebedarf und können sofort handeln. Eine geringfügige Aufwandspauschale ist bestimmt kostengünstiger, als ein Vertrag mit einem Grünanlagenbetrieb (der "planmäßig" leider nur zweimal im Jahr vorbeikommt).

Grünanlagenkosten durch Sponsoring verringern (Nr. 394)

Im Bereich öffentliche Grünanlagen und Spielplätze sollte verstärkt Sponsoring von Wirtschaft und Handel eingefordert werden, um diese Aufgabe zu finanzieren. Mit Werbetiteln wie "Grünes Potsdam" könnten Unterstützer dann werben.

Paten für Grünflächen im Straßenraum (Nr. 252)

Damit Potsdam das Haushaltsdefizit verringern kann, werden Bürger-Paten für die Pflege von Grünflächen im Straßenraum (z.B. Pflege der Anwohner der Grünstreifen (Parkhafen, Grundstückseinfahrt etc.) vorgeschlagen. Die Bürger könnten somit stärker an den zu erbringenden Leistungen der Stadt beteiligt werden.

Parkeintritt für Nicht-Potsdamer (Nr. 136)

Die Einnahmen könnten erhöht werden, indem ein Parkeintritt erhoben wird, für alle die ihren Wohnsitz nicht in Potsdam haben. Eine Kontrolle wäre über den Personalausweis möglich. Die Einnahmen sollten für den Erhalt und die Attraktivität der Parks genutzt werden.

Parkeintritt erheben (Nr. 168)

Die Parkanlagen müssen gehegt und gepflegt werden. Sie sind auch ein Stück Kapital für diese Stadt. Darum plädiere ich für einen kleinen Obolus für jeden erwerbstätigen Bürger, so wie es auch schon im Volkspark praktiziert wird - ich glaube dort sogar für alle Bürger. Also warum nicht auch ein Obolus für den Park Sanssouci und den Neuen Garten. Daneben bin ich für ein absolutes Fahrradverbot in Parks - ausgenommen für Kinder und Schüler.

Parkeintritt und weitere Ideen zur Einsparung einbringen (Nr. 172)

1. Da Potsdam eine wachsende Stadt ist, gibt es auch viele, gute und ungenutzte Ideen und Potentiale in der Stadt. Diese sollten verstärkt abgerufen werden. 2. Über eine kleinen Parkeintrittsgebühr sollte nachgedacht werden.

Parkeintritt erheben (Nr. 317)

Für eine Jahreskarte bezahlt jeder Potsdamer 12 Euro und hat somit Zugang zum Neuen Garten, Park Sanssouci und Babelsberg. Ansonsten sollte jeder Tourist 2 Euro Eintritt bezahlen.

Eintritt für Potsdams Parks (Touristen) (Nr. 298)

Dadurch könnte die Pflege der Parks finanziert werden. Die Potsdamer erhalten gegen Vorlage Ihres Ausweises freien Eintritt.

Eintritt für Park Sanssouci verlangen (Nr. 324)

Es wird vorgeschlagen ein Eintrittsgeld für die Potsdamer Parks der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten zu erheben.

Bürger an Umweltgestaltung und -schutz, Sauberkeit beteiligen (Nr. 339)

Damit Potsdam sein Haushaltsdefizit verringern kann, sollten die Bürger sich stärker an folgenden Leistungen der Stadt beteiligt werden: Umweltgestaltung und -schutz; sowie an der Ordnung und Sauberkeit in Potsdam.

Jugendarbeit

Reduzierung der städtischen Zuschüsse für Jugendeinrichtungen (Nr. 364)

Hier werden Einrichtungen von der Stadt subventioniert die in keiner Weise einen Beitrag zur Verschönerung der Stadt bzw. zur Erhöhung ihrer Attraktivität beitragen. Die Minderheiten, die dort aktiv sind, sind grundsätzlich gegen alle Maßnahmen, die jetzt und in den nächsten Jahren das Erscheinungsbild von Potsdam weiter verbessern sollen (Potsdamer Mitte, Landtagsschloss, Garnisonskirche, Kanal) und damit auch zur Erhöhung der Einnahmen aus dem Tourismusgeschäft/ Schaffung von Arbeitsplätzen in der Gastronomie/ Hotellerie/ Dienstleistungssektor beitragen.

Mit ihren teilweise gezielten Graffiti-Schmierereien und – anstrichen sorgen sie nicht nur in der Potsdamer Innenstadt dafür, dass sich auch in touristisch frequentierten Gegenden Potsdams nach wie vor verwahrloste Ecken und Gebiete gibt. Der Stadt und den Gebäudeeigentümern entstehen hohe und vor allem überflüssige Kosten zur Beseitigung derartiger Schmierereien. Die gesparten Mittel (Reinigung/ Beseitigung von Graffiti-Schmierereien) könnten besser für Kindergärten/ Schulen verwendet werden. Oder man nutzt sie zur allgemeinen Verschönerung der Stadt.

Kindertagesbetreuung

Beitragssatz der tatsächlichen Betreuungszeit anpassen (Nr. 238)

Es gibt die Möglichkeit, Kinder für 6, 8 oder 10 Stunden in einer Kindertageseinrichtung betreuen zu lassen. Aber für jedes Kind wird ein Satz von 8 Stunden festgesetzt (meines Wissens nach). Die Kindertageseinrichtungen, die viele 10 Stunden Kinder zu betreuen haben, geraten da ins Hintertreffen, da sie einen höheren Personalbedarf haben, aber die 2 Stunden-Differenz nicht finanziell ausgeglichen bekommen. Das sollte geändert werden.

Frühstück und Vesper selber zahlen - Qualität erhöhen (Nr. 414)

Die Stadt Potsdam hat mit der Kitafinanzierung auch die Leistungen für Frühstück und Vesper in den Kindertagesstätten übernommen. Diese könnten, wie auch bereits die Kosten für das Mittagessen, zumindest anteilig durch die Eltern selbst getragen werden. Erfahrungsgemäß bieten die Kitas das Essen deutlich preiswerter an, als man es zu Hause für sein Kind anbieten kann. Die dadurch eingesparten Kosten können dann für die Qualität der Kitas - Eingewöhnung, Spielgeräte, Ausstattung und Außengelände - eingesetzt werden. Dadurch könnte man bei gleichem Mittelaufwand mehr für die Qualität der frühkindlichen Bildung erreichen.

Öko-soziale Beschaffung in Potsdam (Nr. 359)

Anders als viele andere Kommunen in Deutschland, sind bisher in Potsdam ökologisch-soziale Kriterien bei öffentlichen Auftragsvergaben und Anschaffungen kaum Thema. Die meisten erworbenen Produkte – wie Computer, Ausstattungen für Schulen und Kitas, Pflastersteine und Kaffee in Behörden – werden in so genannten Entwicklungs- und Schwellenländern hergestellt. Dies geschieht unter oft menschenunwürdigen und

umweltschädigenden Bedingungen, zu denen unregelmäßige Arbeitszeiten, Bezahlung unter landesüblichem Mindestlohn, Belästigungen am Arbeitsplatz, Kinderarbeit, fehlender Arbeitsschutz sowie mangelnde medizinische Versorgung zählen. Die Stadt Potsdam kann wie andere Kommunen in Deutschland oder Europa aktiv zu besseren Arbeitsbedingungen, einer lebenswerten Umwelt und Armutsverringerung in der Region und weltweit beitragen. Daher schlage ich vor, dass sich die Stadt Potsdam zur Beschaffung ökologisch und sozial verantwortlich produzierter Produkte verpflichtet. Ein entsprechender Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ist zu fassen, der die grundlegenden ökologischen sowie Arbeits- und Sozialstandards beim Erwerb der Produkte vorschreibt sowie die Überprüfbarkeit und Transparenz, inklusive Information der Bevölkerung, sicherstellt.

Klimaschutz

Energiebeauftragter für Potsdams Dächer (Nr. 50)

Die Einnahmen der Stadt könnten erhöht werden, wenn es für unsere Schulen, Krankenhäuser, Bibliothek, Kitas, Museen und anderen öffentlichen Einrichtungen der Stadt eine bessere Beratung zu Fördermöglichkeiten bei der Installation von Solarzellen auf ihren Dächern und Energiesparmaßnahmen in öffentlichen Gebäuden gäbe. Dazu böte sich die Schaffung der Stelle eines Energiebeauftragten an, der Potsdams Schulen und öff. Einrichtungen vor Ort berät. Unterstützung könnte ihm zudem mit Hilfe des "Freiwilliges Ökologisches Jahr" regelmäßig durch einen jugendlichen Teilnehmer dieses Programms zuteil werden. Die Vergütung für die von den städtischen Objekten eingespeiste Solarenergie entlastet den Potsdamer Haushalt und sollte zudem für die Stelle des Energiebeauftragten der Stadt Potsdam zweckgebunden sein.

Kulturförderung

Finanzielle Eigenständigkeit der Kultur fördern (Nr. 393)

Es sollte eine stärkere Eigenständigkeit der Kultur durchgesetzt werden. Wer teure Kultur in größerem Umfang möchte, sollte bitte auch zur Mitfinanzierung beitragen. Hier ist mehr Bürgerengagement und Sponsoring einzufordern und marktwirtschaftlich zu denken.

Reduzierung der Zuschüsse Schiffbauergasse / Waschhaus (Nr. 305)

Einsparungen könnten in der Schiffbauergasse erfolgen. Das Waschhaus sollte sich über Veranstaltung zukünftig selbst tragen können. Außerdem scheinen die Querelen um den amtierenden Chef des Hauses kein Ende zu nehmen. Etablierte Veranstalter verlassen das Haus. Wenn die Stadt solch ein Gelände bereits mit einer enormen Fördersumme unterstützt, sollte auch Einfluss vorhanden und spürbar sein und die Ausrichtung sich mehr auf ein breiteres Publikum sowie interessante Ideen wie „Stadt für eine Nacht“ richten.

Einsparungen in der Kultur (Nr. 215)

Ich bin der Meinung, dass im Bereich der Kultur Einsparungsmöglichkeiten vorhanden sind, die genutzt werden sollten.

Theatersubvention anpassen (Nr. 236)

Abonnenten des Hans-Otto-Theaters (z.B. Großes Wahlabo), bezahlen für ein Ticket der Preisgruppe III 6,- Euro. Darin enthalten sind neben dem Theatererlebnis die Hin- und Rückfahrt mit Öffentlichen Verkehrsmitteln (Berlin ABC) und die Garderobengebühr sowie ein Rabatt für den Besuch des Nikolaisaales. Bereits eine Einzelfahrt Berlin ABC kostet schon 3,- Euro, d.h. mit der Karte für die Vorstellung ist gerademal die An- und Abfahrt zum

Theater bezahlt. Berücksichtigt man noch die Garderobengebühr und den Rabatt, macht das Theater mit jeder verkauften Abo-Karte ordentlich "Miese".

Die oben genannten Vergünstigungen sollten vom Kunden getragen werden, damit der Ticketpreis voll und ganz dem Theater zur Verfügung steht. Die Subventionierung des Theaters könnte um den Betrag verringert werden, der bei Wegfall der Vergünstigungen (Öffentl. Nahverkehr, Garderobengebühr, Rabatt Nikolaisaal) eingespart wird. Der Ticketpreis für eine Theaterkarte müsste auch bei Abonnenten höher sein, als eine Kinokarte. Das gesamte Preisgefüge sollte dringend überdacht und verändert werden!

Paten für Kunstwerke im öffentlichen Raum (Nr. 83)

Immer mehr Kunstwerke im öffentlichen Raum verschwinden, weil sie entweder zerstört wurden und/oder nicht länger unterhalten werden können. Daher wäre eine Patenschaft von engagierten Bürgern ein Schritt dies zu umgehen. Diese könnten entweder Geldleistungen erbringen, oder das Kunstwerk „bewachen“. Dadurch könnte man die Gelder von der Verwaltung sparen.

Theaterförderung verringern (Nr. 13)

Für die 3% Potsdamer, die ins Theater gehen sind Subventionen sinnlos. Entweder es trägt sich oder es muss geschlossen werden. Antagonismus!

Musikschule: Gelder kürzen (Nr. 34)

Die Ausgaben für die Musikschule sollten gekürzt und das Geld an anderer Stelle genutzt oder Schulden damit abgebaut werden.

Öffentlicher Nahverkehr

Sorgsamer Umgang mit finanziellen Mitteln im öffentlichen Nahverkehr (Nr. 235)

Für die Umgestaltung der Straßenbahnen wurden nicht unerhebliche finanzielle Mittel aufgewendet. Das Ergebnis der VARIO-Bahnen ist für die Mehrzahl der Fahrgäste ein Desaster. Auf dem Stand der Niederflurbahnen waren wir bereits, und zwar mit der bewährten COMBINO. Wenn nun im Interesse der Rollstuhlfahrer und Kinderwagenbesitzer an einigen Stellen mehr Platz hätte geschaffen werden sollen, warum hat man aus der COMBINO an den passenden Stellen nicht einfach ein paar Sitze herausgenommen? Dies wäre nicht nur kostengünstiger als die Entwicklung einer komplett neuen VARIO-Bahn gewesen, zudem ja auch noch die Nacharbeit - die aus den Kritikpunkten resultiert - bezahlt werden muss. Sondern Kritikpunkte, die sich aus technischer Sicht in der VARIO-Bahn nicht mehr beheben lassen, hätte es in einer abgewandelten COMBINO gar nicht erst geben brauchen. Leichte Ergänzungen wie zusätzliche Halterungen oder Ähnliches wären in der COMBINO problemlos möglich gewesen. Wenigstens zukünftig sollte der Verkehrsbetrieb wesentlich sorgsamer mit den finanziellen Mitteln umgehen - denn für Fehlinvestitionen wollen wir als Fahrgäste am Ende nicht die Zeche zahlen!

Erhöhung der Taktzahlen des Straßenbahnverkehrs (Nr. 431)

Gefordert wird die Erhöhung der Taktzahlen des Straßenbahnverkehrs und ein Stopp der überbeuerten Neubeschaffung von Niederflurstraßenbahnen (2.500.000 € pro Stadler-Straßenbahn, 2.3000.000 € pro Siemens-Cambino). Für das eingesparte Geld der überbeuerten Niederflurbahnen können Straßenbahnführer ausgebildet sowie eingestellt und über Jahre bezahlt werden. Völlig kostenneutral können die momentan nur im 2er Verbund

fahrenden Tatra-Straßenbahnen in Einzel-Fahrzeuge getrennt werden. Somit lässt sich bereits mit bestehendem Fahrzeugbestand die Takt-Zahl erhöhen. Der Verkauf bzw. die Verschrottung der Tatra-Straßenbahnen (1994 für 500.000 € pro Stück aufwändig saniert und umgebaut und lauffähig für mehr als 30 Jahre) ist zu stoppen und deren weiterer (mindestens 10-jähriger) Einsatz für Potsdam zu sichern. Weiterhin billiger Einkauf von ausgemusterten Straßenbahnen anderer Verkehrsbetriebe und deren Instandsetzung bzw. Wiederaufarbeitung. Bei Kosten für eine Niederflurbahn bekommt der Straßenbahnbetrieb 3 bis 5 "Gebrauchte" und hat die Kosten der entsprechenden Straßenbahnfahrer mit deren Ausbildung noch enthalten. Bei gleichem Kosteneinsatz kann man mit mehr Standard-Bahnen höhere Takt-Zahlen erreichen. Die momentan in Potsdam angeschafften Niederflurbahnen sind überteuert, bieten weniger Sitzplätze, als die in Doppel-Traktion fahrenden Tatra-Bahnen und bewegen sich in Kurven ruck-haft (aufgrund der bauartbedingt fehlenden Drehgestelle). Über den erhöhten Schienenabrieb und die stärker beanspruchten Radkränze wird sich der Straßenbahnbetrieb sicherlich bald freuen. Die Potsdamer und die Stadtkasse nicht, denn es wird zu häufigeren Gleisersetzen und Geldsäckellöchern führen. Höhere Taktzahlen bringen Fahrgäste auf die Schiene, die momentan den Individualverkehr nutzen. Nicht die Geschwindigkeit der einzelnen Verkehrsmittel sind das Problem, sondern die immensen Wartezeiten auf das Verkehrsmittel bzw den nötigen Anschluss! Der Verkehrsbetrieb Potsdam sollte sich nicht an Randgruppen orientieren und teure „Allgemein-Rollstühle“ beschaffen, sondern zunächst die Haupt-Zielgruppe bedienen und für anständige Taktzahlen sorgen. Die Hauptzielgruppe sind Schüler und arbeitende Erwachsene. Diese steigen seit Jahren aufgrund - schlechten Taktes, - zwangsweisen Umstieg von Bus auf Straßenbahn (z.B. aus dem Potsdamer Norden), - längeren Transportzeiten von den Potsdamer Randbezirken zum Hauptbahnhof als vom Hauptbahnhof Potsdam zum Hbf. Berlin, auf den Individualverkehr um. Wenn Grundanforderungen erfüllt sind: kurze Taktzeiten die eine maximale Wartezeit von 7 Minuten bedeuten, dann können auch "Randgruppen" (mit heutigen Takt-Zeiten von 20 bis 60 Minuten) bedient werden. Zur Erläuterung: Ja, auch ich selbst zähle mich momentan mit zu einer "Randgruppe", denn ich fahre zur Zeit mit einem Kinderwagen durch die Gegend. Jedoch ist die persönliche Bequemlichkeit eines Niederflureinstieges uninteressant, wenn mir der Anspruch der Allgemeinheit (zu dieser "Randgruppe" zähle ich mich ebenfalls) mehr nützt: kurze Warte-Zeiten. Folge: jede Fahrt mit dem Kinderwagen wird mit dem Auto erledigt, die Innenstadt wird für Einkäufe, mangels Parkplätzen und wegen Parkraumbewirtschaftung, komplett gemieden. So schafft sich die Stadtverwaltung die wirtschaftlichen Speckgürtel (Einkauf ausschließlich im Shoppingcenter) in den Randbezirken. Und ja: ich helfe Bürgern mit deren Kinderwagen, älteren Mitbürgern und Rollstuhlfahrern die 2 Treppen hoch in die Tatra-Bahnen. Es geht. Der erhöhte Individualverkehr verstopft die Stadt! Eine wesentliche Ursache ist hier die falsche öffentliche Infrastrukturplanung!

Überprüfung Taktzeiten der TRAM Drewitz (Nr. 90)

Taktzeiten in Drewitz beträgt zur Stoßzeit 5 Min und ansonsten 10 Min. Diese Regelung sollte überprüft werden. Ggf. sollte über die Notwendigkeit bzw Anpassung dieser Taktzeiten auch im Potsdamer Norden nachgedacht werden.

Ordnungsangelegenheiten

Höhere Verwarn- und Bußgelder (Nr. 397)

Ordnungssinnwidrigkeiten müssen mit höheren Verwarnungs- oder Bußgeldern belegt werden. Gefordert wird ein strengeres Vorgehen bei Falschparkern, Fahrradfahren auf dem Gehweg unter anderem in dreißiger Straßen, baurechtlichen Verstößen, Lärm.

Stärkere Kontrolle des ruhenden Verkehrs (Nr. 26)

In Potsdam ist es vielfach üblich auf der linken Fahrbahnseite zu parken (insbesondere in Wohngebieten) bzw. unberechtigt Behindertenparkplätze zu nutzen (z. B. vor dem Rewe Markt am Keplerplatz) oder auf dem Neuen Markt (Spielstraße) außerhalb der markierten Flächen zu parken. Durch Kontrollen mit entsprechenden Bußgeldern lassen sich die Einnahmen beträchtlich erhöhen. Gleichzeitig dient diese Maßnahme zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.

Mehreinnahmen durch Kontrollen des Ordnungsamts (Nr. 526)

Bei mehr Kontrollen und auch Geldbußen werden die Leute aufmerksamer und ich denke, dass sie bewußter mit den Thema Müllbeseitigung umgehen werden. Bei den Autofahrern, egal warum, wird doch auch in ständiger Form kontrolliert und Knöllchen verteilt. Da läuft es doch wie am Laufband.

Überfüllte Fahrradständer am Hauptbahnhof und am S-Bahnhof Griebnitzsee (Nordausgang) (Nr. 49)

Die Fahrradständer am S-Bahnhof Griebnitzsee (Nordausgang) und am Hauptbahnhof (Nordausgang) reichen seit langem nicht aus. Viele der Ständer sind mit Fahrrädern belegt, die wahrscheinlich nie mehr abgeholt werden. Die Stadt sollte, wie am Berliner Hauptbahnhof z.B. schon geschehen, alle Fahrräder mit einem Band (mit Textaufdruck) markieren. Sollten die Eigentümer innerhalb der nächsten 3 Monate ihre Räder nicht abgeholt und das Band entfernt haben, werden die Räder öffentlich in den Bahnhofspassagen versteigert. Das erlöste Geld wird für den Radverkehr in Potsdam zweckgebunden.

Erhöhung der Parkgebühren (Nr. 356)

Trotz vieler Mängel ist Potsdam auf Grund seiner Geografie und der vielen Grünflächen eine sehr attraktive Fahrradstadt. Dies sollten die Einwohner noch mehr nutzen. Wir plädieren für eine Erhöhung der Parkgebühren und eine deutliche Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung zu Lasten von Fremdparkern und zur Erleichterung der Kernstadtbewohner.

Konsequenz bei Ordnungswidrigkeiten (Nr. 103)

Das Ordnungsamt kann viel mehr Geld einnehmen, wenn die Parkraumbewirtschaftung, das Müll liegenlassen im Park und Anleinen von Hunden mehr bzw. konsequenter kontrolliert werden würde (im Innenstadtbereich besonders bei schönem Wetter tägl. nachzuvollziehen). Hier könnten, soweit möglich auch höhere Gebühren/Strafen sinnvoll sein.

Weniger Verwarn- und Bußgelder - Mehr Touristen! (Nr. 147)

Weniger Verwarn- und Bußgelder, somit sparen wir Gehalt für Politessen und anderer Beschäftigter ein und können als autofreundlichste Stadt werben. Dann kommen mehr Touristen zu uns und geben hier ihr Geld aus. Steuereinnahmen würden prozentual um ein Vielfaches steigen! Es ist jetzt schon ein Unterschied, ob mein 138 Mio. oder 5 Mio. Euro Einnahmen hat.

Ordnungsgelder gegen Verschmutzung aussprechen (Hundekot) (Nr. 390)

Damit Potsdam das Haushaltsdefizit verringern kann, sollten folgende Einnahmen erhöht werden: Ordnungsgelder für Bürger, die ihren Hund täglich auf die Grünanlagen führen, zum Beispiel hier am Stern, wo man kaum noch treten kann. Eine Abkassierung dieser Halter würde sicher auch ein Exempel sein, unsere Stadt sauberer zu halten, denn Potsdam ist eine total verdreckte Stadt. Kein Geld für einen Kassierer? Dann eben öfters mal hier erscheinen und es reicht zehnmal für einen fest angestellten Aufsichtsbeamten.

Hundekot: Beseitigung stärker einfordern bzw. sanktionieren (Nr. 175)

Potsdam wird durch die unzähligen Hundehaufen unansehlich und leidet in seiner Attraktivität. Es ist ein Ärgernis, wenn man seine Stadt liebt und sieht wie sie rücksichtslos mit unansehlichen Hügeln übersät wird, die nicht von Maulwürfen stammen. Auf die Beseitigung sollte stärker geachtet werden, sowohl im bürgerschaftlichen Engagement, als auch in der staatlichen Sanktionierung der Unterlassungen.

Mehr Kontrollen des Ordnungsamtes in Seitenstraßen in Wohngebieten (Nr. 53)

Besonders in kleineren und/ oder als Sackgasse geführten Nebenstraßen in Wohngebieten (Plattenbaugebiete) mit wenigen Parkmöglichkeiten kommt es oft vor, dass Fahrzeuge in Kreuzungsbereichen, in Zweier-Reihen und/oder anderweitig verkehrswidrig abgestellt sind. Dadurch besteht nicht nur für die anderen Verkehrsteilnehmer die Gefahr, durch parkende Autos andere zu übersehen, sondern auch die Problematik, dass Rettungsfahrzeuge schlechter oder gar nicht zum Ziel kommen.

Ordnungsgelder erhöhen (Nr. 447)

Wenn die Stadt Potsdam zum Beispiel die Hundesteuer erhöht, dann wäre auch Geld zur Kontrolle der Hundebesitzer vorhanden. Diese müssten jedes mal ein Ordnungsgeld zahlen, wenn ihr Hund die Stadt verschmutzt oder der Besitzer der Leinenpflicht nicht nachkommt. Eine Verwarnung bringt da leider nicht den nötigen Erfolg. Außerdem wäre es schön, wenn die Autofahrer nicht mehr bei Rot fahren würden, denn so viele Verstöße wie ich in den zwei Jahren hier in Potsdam miterlebt habe, sind mir in keiner anderen Stadt begegnet. Dafür würde die einfache Installation von Kameras ausreichen.

Erhöhung Parkgebühren Innenstadt (Nr. 261)

Es wird die Erhöhung der Parkgebühren in der Innenstadt vorgeschlagen, um das Haushaltsdefizit zu verringern.

Parkticket für Kurzzeitparken in Innenstadt (Nr. 107)

Es sollten Kurzparktickets für bspw. 15 Minuten angeboten werden. Wenn man in der Innenstadt nur eine Kleinigkeit zu erledigen hat, wie einen Kontoauszug holen o. ä., und mit dem Auto unterwegs ist, ist es immer sehr ärgerlich, dass man nur Tickets für eine längere Parkdauer ziehen kann.

Parkgebühren stadtwweit erheben und staffeln (Nr. 28)

Potsdam ist eine Touristenstadt und diese kommen auch mit dem Auto. Einerseits gibt es wenig Parplätze z.B. in der Innenstadt, andererseits sind die Parkhäuser nicht ausgelastet. Ich schlage vor, erstens konsequent in allen relevanten Bereichen nur noch kostenpflichtige Parkmöglichkeiten anzubieten und zweitens die preise so zu staffeln, dass die Autofahrer

motiviert werden, die Parkhäuser zu nutzen. Parken am Park Sanssouci muß teurer sein, als Parken in Potsdam West.

Einnahme: Parkgebühren in der Innenstadt erhöhen (Nr. 32)

Damit das Potsdamer Haushaltsdefizit verringert werden kann, sollte eine Erhöhung der Parkgebühren bspw. in der Innenstadt stattfinden.

Einnahmen durch Bewohnerparkausweise (Nr. 38)

In vielen Gebieten Potsdams herrscht Parkchaos. Es gibt nur wenige, meist besetzte Parkbuchten entlang der Wohnbauten. Oftmals haben Bewohner direkt vor Ihrem Haus keine Parkmöglichkeit. Bewohnerparkausweise könnten dies mildern und zudem der Stadtkasse etwa Geld einbringen.

Kurzzeitparken vor Geschäften ermöglichen (Nr. 213)

Meiner Meinung nach sollten Kurzzeitparktickets für PKW-Fahrer (5Min) vor Geschäften eingeführt werden. Damit können schnelle Besorgungen erledigt werden.

Dreck + Müll + Schwarzarbeit = Kontrollen verstärken! (Nr. 73)

Ich bin für mehr Kontrollen des Ordnungsamtes, für offensichtliche Streifengänge. Die Spielplätze sind verdreckt, die Hundekacke liegt auf den Wegen, Autos stehen auf den Grünflächen, wilde Müllabladungen finden in den Wohngebieten statt. Mehr Ordnungsamtsmitarbeiter würden sich über mehr Bußgelder selbst finanzieren. Wie sieht es mit Kontrolle der Schwarzarbeit in jedem Restaurant in Potsdam aus? Jeder Geringverdiener arbeitet mehr Stunden, als beim Arbeitsamt angegeben, aber kassiert trotzdem fleißig Sozialleistungen. Warum gibt es keine dauerhaften und flächendeckenden Kontrollen?

Kontrolle Hundehalter / Erhöhung Ordnungsgelder (Nr. 142)

Konsequente Verfolgung von Hundehaltern, die den Kot ihrer Hunde nicht beseitigen bzw. diese nicht anleinen sowie Erhöhung des entsprechenden Ordnungsgeldes und vor allem deren Einforderung.

Weniger Fahrradpolizei in Potsdam (Nr. 154)

Meiner Meinung nach ist das Aufgebot der Fahrradpolizei, welche kontrolliert dass man auf der richtigen Seite fährt und tagsüber Licht am Fahrrad hat, völlig übertrieben. Vielmehr sollte doch darauf geachtet werden, am Bahnhof bspw. den Fahrraddiebstahl einzudämmen.

Hundesteuer erhöhen / Bußgelder verhängen (Nr. 177)

Die Hundesteuer müsste noch höher werden! Die Hegelallee sieht furchtbar aus, da beide Rasenseiten voll mit Hundekot sind und das in der Innenstadt. Da die Leute uneinsichtig sind, müssen höhere Steuern oder Bußgelder des Ordnungsamts her. In anderen Städten geht das doch auch! Man kann die Leute leider nur mit Strafen und Bußgeldern rankriegen. Das Ordnungsamt muss sich besser einsetzen für die Sauberkeit der Stadt. Wir haben keine Flächen für die Hunde zum Gassi gehen. Wir sind eine Besucherstadt und die Hegelallee ist sehr peinlich und unappetitlich für die Gärtner der Stadt, die den Rasen pflegen müssen.

Einsparungen: Ampeln nachts ausschalten (Nr. 197)

Zur Sicherung des Stadthaushalts könnte der Betrieb von Ampelanlagen in der Nacht nutzen. Durch die Abschaltung wäre es möglich, denn es herrscht wenig Autoverkehr.

Potsdam zur auto- und kinderfreundlichen Stadt entwickeln (Nr. 148)

Es sollten mehr kostenlose Parkplätze für Autofahrer geben. Das würde die Stadt sehr beleben, gerade wo der Einzelhandel sich bisher immer beklagt hat. Auch sollte mehr Geld für Kindereinrichtungen eingesetzt werden. Dabei muss die Qualität erhöht werden und die Gebühren durch die Stadt übernommen werden. Dann könnte damit geworben werden und es würden mehr Menschen zu uns ziehen, sodass die Stadt mehr Steuereinnahmen erhält). Das Ziel wäre somit "Auto- und kinderfreundliche Stadt" zu werden.

Rotlichtblitzer für Potsdam (Nr. 373)

Als Fußgänger und Radfahrer wundere ich mich immer wieder, mit welcher Regelmäßigkeit durch PKW-Fahrer in Potsdam rote Ampeln ignoriert werden. Hier könnte durch den Einsatz von Blitzern an Ampelanlagen die Einnahmesituation verbessert und ein erheblicher Beitrag zur Verkehrssicherheit geleistet werden.

Straßenreinigung verbessern und hohe Bußgelder bei Stadtverschmutzung (Nr. 21)

Hier in Potsdam und den eingemeindeten Gebieten scheint es keine Strassenreinigung zu geben. Als Bürger der Stadt habe ich hier seit dem Zuzug (vor 3,5 Jahren) noch nie einen Kehrwagen gesehen. Dementsprechend sehen die Strassen aus, besonders an den Bordsteinen. Da liegt Geröll, Sand, Dreck und Abfall der manchmal schon so hoch wie der Bordstein selbst ist. Einer Stadt wie Potsdam und auch den eingemeindeten Gebieten steht so eine mangelnde Strassenreinigung äußerst schlecht zu Gesicht. Das muss sich ändern. Um dies zu finanzieren, zu unterstützen und zeitgleich Arbeitsplätze zu schaffen sollten mehr Angestellte für den öffentlichen Raum zur Verfügung stehen und das Verhalten der Bürger in Bezug auf Müll- und Unratentsorgung deutlich schärfer kontrolliert werden. Nur hohe Strafen sorgen für eine Bewusstseinsänderung und eine saubere Stadt. Entsorgung von Zigarettenkippen, Kaugummi o.ä. muss minimal 50,- Euro Ordnungsstrafe nach sich ziehen. Trinkbecher, Dosen, Flaschen und Fast-Food Packungen mindestens 150,- Euro. Hundekot mindestens 300,- Euro (Wiederholungstäter mindestens 1000,- Euro). Entsorgung von Müll im Wald, auf Grünanlagen oder Straßenrändern mindestens 5000,- Euro. Solche Maßnahmen kann eine Stadt beschließen, andere Kreise, Gemeinden und Städte machen es vor.

Winterdienst vor Privateigentum kontrollieren (Nr. 54)

Gerade im Winter ist auf Straßen / Wegen vor privatem Eigentum oft nicht gestreut und / oder der Weg wird nicht entsprechend geräumt. Ich bin für höhere Strafen beim solchen Verstößen.

Schule

Bildung fördern! (Nr. 202)

Meiner Meinung nach sollte mehr Geld für die Bildung von Potsdamer Kindern getan werden. Zur Realisierung dessen, sollten 0,01 % dafür von allen anderen Haushaltsposten genutzt werden.

Ersatzpool für Stundenausfall an Schulen (Nr. 387)

Da die Bildung der neuen Generation das entscheidende Fundament für unsere Zukunft ist, soll die beabsichtigte Streichung des kurzfristigen Einsatz von Ersatzkräften bei Ausfallstunden zurückgenommen werden und für das Schuljahr 2012/13 wiederaufgelegt werden.

Soziale Hilfen

Weniger Asylbewerber aufnehmen (Nr. 82)

Potsdam sollte Weniger Asylbewerber aufnehmen, der Zuzug nach Potsdam ist schon hoch genug!

Hartz-IV-Empfänger einsetzen (Nr. 151)

Alle Hartz4-Empfänger sollten 14 Tage pro Jahr unentgeltlich für die Stadt arbeiten und bspw. Grünanlagen säubern oder Reparaturarbeiten übernehmen.

Einsparung von 20 Mio. Euro durch Effizienzsteigerungen bei den Ausgaben für Soziales und Jugend (Nr. 99)

Potsdam gibt etwa 200 Mio. Euro im Jahr für Soziales und Jugend aus. Bei Effizienzsteigerungen, die 10% der Ausgaben einsparen, würde Potsdam Einsparungen von 20 Mio. Euro ermöglichen. Bei einem Defizit von aktuell etwa 10 Mio. Euro wäre damit ein ausgeglichener Haushalt möglich und die Stadt könnte Schulden zurückzahlen. Mögliche Maßnahmen für Effizienzsteigerungen könnten sein:

- Vergleich der Verwaltungsabläufe und ihrer Wirkung mit anderen Städten
 - Ggf. Einstellung von mehr Personal, die die betroffenen Bürger besser unterstützt, was langfristig zu Kosteneinsparungen führt.
 - Gewährung von Unterstützungen, die teilweise mit Gegenleistungen verbunden sein können (z. B. gemeinnütziger Arbeit), damit ein Anreiz zur Aufnahme von regulärer Arbeit geschaffen wird.
-

Bei Hartz-IV-Empfängern genauer hinsehen (Nr. 328)

Es sollte genauer geschaut werden, wer wirklich die Hartz-IV-Gelder bekommen soll und wer sich nur darauf ausruht und nicht mal darüber nachdenkt, arbeiten zu gehen.

Integrationsförderung überdenken (Nr. 72)

Warum wird Intergration von Ausländern aus Steuergeldern finanziert? Wer sich integrieren will, tut es ohnehin und wer es nicht will, ist hier fehl am Platze. Dieses Geld ist sinnvoller in der Kinder- und Jugendarbeit, als in multikulturelle oder russischen Koch- und Bespaßungs-Veranstaltungen angelegt. Ebenso könnte man dieses Geld in die Integration Behinderter investieren, denn diese Menschen haben ein sehr schweres Leben in Potsdam. Man denke an Rollstuhlfahrer: Straßenbahnfahren erschwert, Bordsteinkanten nicht überall abgesenkt, im Winter mangelhafte Schneeberäumung, viele Gebäude nicht befahrbar. Dazu sollte es Projekte geben.

Einsparung bei Verwaltungsabläufen im Sozialbereich (Nr. 176)

Es wird die Reduzierung der Personalkosten durch Verbesserung und Einsparung von Verwaltungsabläufen im Sozialbereich vorgeschlagen. Der Bereich Wohnungswesen im

Sozialamt könnte zum Teil eingespart werden. Grund: Nicht jeder Obdachlose ist auch gleichzeitig krank oder hilfebedürftig. Obdachlosigkeit ist keine Eigenschaft, sondern ein zeitbegrenzter Zustand im Lebensweg einer Person, hervorgerufen durch fremde Personen oder schwierige, ungünstige Umstände. Um dieses zu beheben, braucht es kein Sozialamt. Preiswertere Wohnungen oder Zimmer (zB 50 - 150 Euro) lösen das Problem! Wir haben die soziale Marktwirtschaft und es muss alles unkompliziert erreicht werden. Von allem ist genug vorhanden.

Soziales: Einsparen, nur das Notwendigste zahlen (Nr. 14)

Subventionen fördern Müßiggang, Menschen mit Problemen sollen animiert und nicht subventioniert werden. Animation mit öffentlichem Geld ist falsch.

Arbeitslosengeldempfänger zur Reinigung, Pflege im Stadtgebiet heranziehen (Nr. 255)

Arbeitslosengeldempfänger (Arbeitslose) zur Reinigung, Pflege u. Aufräumarbeiten im Stadtgebiet und Grünanlagen, sowie Wohngebieten heranziehen.

Sport

Gerechte Förderpraxis beim Sport (Nr. 17)

Der SV Babelsberg wird mit vielen Summen gefördert, andere gehen leer aus. Entweder auf alle Verteilen oder keiner!

Schwimmbad-Neubau: Kostengrenze 23 Mio. Euro einhalten (Nr. 179)

Das geplante Bad am Brauhausberg darf nicht mehr als 23 Millionen Euro kosten, da diese Summe zur Bürgerabstimmung stand!

Profisport nicht mehr mit Stadtgeld fördern (Nr. 400)

Der gesamte Profisport sollte nicht mehr von der Stadt unterstützt werden, denn das ist eine Aufgabe von Sponsoren aus der Privatwirtschaft.

Private Vereine sollen zum erheblichen Teil privat gefördert werden (Nr. 451)

Nicht alle Potsdamer sind mit Notfallsfinanzierungen, auch wenn es sich dabei um Traditionsvereine handelt, einverstanden, insbesondere wenn diese selbstverschuldet in die Krise geraten sind.

Ausweichmöglichkeiten für Sportveranstaltungen finden (keine weitere unsinnige Rasenverlegung) (Nr. 383)

Potsdam sollte nicht aus Eitelkeit Schnellschüsse im Karli für Sportveranstaltungen starten (Rasen für viel Geld, das vielleicht schon für einen Sportplatz gereicht hätte), wenn es auch adäquate Ausweichmöglichkeiten gibt. Ausserdem halte ich die Blockadehaltung der Schlösserstiftung für völlig inakzeptabel. Die Kinder und Sportler sind genauso förderungswürdig und wichtig für unsere Stadt wie die Schlösser und Parks!

Förderung des Breitensports - keine außerplanmäßigen Sportförderungen (Nr. 37)

Die außerplanmäßigen Förderungen, Bürgschaften und andere Zuwendungen der zum Teil im Profi-Bereich tätigen Vereine ist bis zur Haushaltskonsolidierung auszusetzen und danach zukünftig nicht aus wahltaktischen und parteipolitischen Erwägungen auszureichen. Es muss mehr auf die Förderung des Breitensports fokussiert werden.

Verzicht Ausbau Nowa-Wiese (dafür Nutzung Fußballplätze am Schlaatz) (Nr. 459)

Vorgeschlagen wird die Bereitstellung der Fußballplätze am Schlaatz an den Verein Concordia 03. Die Plätze bestehen aus Kunststoffbelag und sind 265 Tage 24 Stunden beispielbar, ein Rasenplatz nur 20 Stunden die Woche. Der Platz am Schlaatz hat eine Flutlichtanlage. Zusätzlich bestehen 4 Basketballplätze mit dem erforderlichen Körben, sowie Voelleyball, Völkerballplätze. Tennis ist ebenfalls möglich. Man sollte die Kinder des Concordia 03-Verein kostenlos auf Mitgliedsausweis den ÖPNV benutzen lassen. Die Errichtung der Anlage am Schlaatz hat mindestens 1 Mio. Euro gekostet. Sie wurde kürzlich über mehrere Tage gereinigt und gewalzt. Nur an Schultagen werden die Sportanlagen vormittags durch die Schulen genutzt. Nachmittags selten als Spielplätze für wenige Kinder. Die überwiegende Zeit liegen die Plätze verwaist da. Zwei Turnhallen mit den entsprechenden Umkleideräumen befinden sich in unmittelbarer Nähe. Die Wohnbereiche am Schlaatz sind ausreichend entfernt, sodass keine Störungen auftreten werden. Es könnten 250.000 Euro für den Neubau in Babelsberg gespart werden.

Stadtplanung und -erneuerung

Kein Weiterbau des Stadtkanals (Nr. 35)

Den Stadtkanal in seiner jetzigen Form belassen und nicht wie geplant auf der alten Streckenführung (Am Kanal, Dortustr. etc.) weiterbauen. Das jetzige fertige Teilstück in der Yorckstraße bietet einen erbärmlichen Anblick. Wasser ist so gut wie nie enthalten. Der Boden ist verwuchert. In Potsdam gibt es wichtigere Maßnahmen, als einen historischen Kanal wieder zu erbauen.

Stromsparen durch Umrüsten auf LED (Nr. 129)

Ich bin für Einsparungen von Ausgaben durch Umrüstung sämtlicher Ampellichter auf LED, um die Stromkosten in diesem Bereich um das 16-fache zu reduzieren und um Kosten zum ständigen Kauf von Glühbirnen zu kaufen.

Kein städtisches Geld für Errichtung und Unterhalt der Garnisonkirche (Nr. 85)

Die Garnisonkirche hat nicht nur im Namen, sondern auch so eine wechselvolle und nicht gerade rühmliche Geschichte. Die Stadt Potsdam sollte sich daher nicht finanziell am Aufbau und / oder der Unterhaltung beteiligen.

Erhalten statt Wiederaufbau (Nr. 314)

Der Abriss von bauhistorisch ebenfalls wertvollen Gebäuden, um ältere Gebäude wieder aufzubauen ist meiner Meinung nach kein ökonomischer, das Stadtbild verzerrender und die Geschichte verleugnender Umgang mit der Stadtarchitektur. Für das Stadtbild könnte der Erhalt bereits bestehender Gebäude oder der Bau zusätzlicher moderner Architektur interessanter und wirtschaftlicher sein.

Großprojekte besser planen (Nr. 144)

Großprojekte benötigen eine besser vorbereitete Planung, sodass keine Geldverschwendung mehr stattfindet (siehe Thema Niemeyerbad, Millionenwiese, Befragung)...

Frühzeitige Kosten- und Risikoabwägung bei Investitionen (mit Fördermitteln) (Nr. 10)

Hände weg von Projekten, bei denen schon im Vorfeld bekannt ist, dass man sie sich nur durch zuhelfenahme von Fördergeldern geradeso leisten kann. Es ist ja in der Regel so, dass solche Projekte letztenendes weit mehr Kosten als man angedacht hatte. Man kann sich nicht immer darauf verlassen, dass die Gelder rechtzeitig bewilligt werden oder dass jemand auftaucht und gönnerhaft die Restkosten übernimmt. Sollten nämlich mal die Gelder nicht reichen, so müsste der Rotstift angesetzt werden oder das Projekt eingefroren werden, was zur Folge hat, dass solche Projekte (Bsp. Stadtschloss, Gartenstadt Drewitz, Designer Schwimmhalle am Brauhausberg) nie die Wirkung entfalten können zu der sie gedacht waren. Welches wiederum zu einer Abwertung des näheren Umfeldes führt. (Wer zieht schon gerne in eine Plattenbausiedlung am Stadtrand, wenn man dort zu den Mieten zusätzlich noch ca.20,- Euro Parkplatzgebühr bezahlen soll, nicht auf den öffentl. Nahverkehr umsteigen kann, weil die Taktzeiten ausgedünnt wurden und keine sichere Unterbringung von Fahrrädern gewährleistet ist? Eine Grünfläche die nach 2 Jahren nicht mehr gepflegt wird, zieht meiner Meinung nach keine Mieter an, und seien die Wohnungen noch so schön saniert.) Beim Stadtschloss und dem Designerbad hat man einfach nur die Kosten unterschätzt. Dies alles soll keineswegs als Vorwurf gedacht sein, sondern ist lediglich als Beispiel herangezogen worden. Was den Haushalt der Stadt Potsdam angeht, machen Sie es wie eine gute Hausfrau, wenn sie bei gleichbleibenden Ausgaben und Einkommen kein Geld haben, sich etwas zu leisten (OHNE Fördermittel in Anspruch zu nehmen), dann lassen sie es. Ist zwar in dem Moment schade, geht aber nicht anders und ist immernoch besser als Schulden zu machen.

Bauarbeiten wirtschaftlicher erfüllen (Nr. 338)

Bauarbeiten sollten in der Stadt Potsdam zukünftig wirtschaftlicher erfüllt werden, damit das Haushaltsdefizit verringert werden kann.

Effizienz in der Planung verbessern (Nr. 488)

Großprojekte (Schwimmhalle, Stadtschloß, Humboldtbrücke, ...) müssen besser geplant und ausgeführt werden. Mangelhafte Planung und Fehler bei der Ausführung kosten hierbei schnell viel Geld.

Einsparen: Kein Spaßbad für Potsdam (Nr. 232)

Was wollen wir denn mit noch einem Spaßbad, wenn gerade um die Ecke in Werder eines gebaut wird?! Man weiß doch mittlerweile um die Finanzlage der Spaßbäder im Land...

Keine Bebauung der noch vorhandenen Grünflächen (Nr. 348)

Vorgeschlagen wird, die noch bestehenden Grünflächen NICHT zu bebauen. Es kann nicht sein, dass Grünflächen bebaut werden. Wo bleibt die grüne Lunge der Stadt? Die Pfortnerampeln verlagern die Problematik nur. Jeder Ort ist nur begrenzt befahr- und bebaubar.

Groß-Glienicker Uferweg nicht kaufen (Nr. 125)

Sparen? Ja! ... aber dann mit der nötigen Konsequenz. Möglich oder besser notwendig ist hier ein Verzicht auf die Enteignung der Grundstücke für einen Weg am Groß Glienicker See, auch wenn es keine "einvernehmliche Lösung" gibt und schon ein Stadtverordnetenbeschluss existiert. Wenn angesichts von gerade einmal fünf gesperrten Stellen keine andere als diese 4,91 Mio € teure Lösung möglich scheint, sollte die Stadt komplett auf die Wiederherstellung dieses Spazierweges für Groß Glienicker Bürger verzichten.

Straßen, Geh- und Radwege

Keine Umgestaltung zur "Gartenstadt" Drewitz // Kein Straßenumbau für Garnisonkirche (Nr. 319)

1. Vorschlag: In Drewitz ist die erforderliche Infrastruktur vorhanden. Keine Umgestaltung, nur weil Bau aus DDR-Zeit; 2. Vorschlag: Keine Verlegung der "Breiten Str." wegen Bau der Garnisonkirche, der Vorschlag zur Rückversetzung der Kirche sollte umgesetzt werden.

Wiederherstellung/Erneuerung Fuß- und Radweg von Humboldtring zur Tramhaltestelle Humboldtring (Schnellstraße) (Nr. 33)

Vor den Umbauarbeiten entlang dem o.g. Abschnitt befand sich ein befestigter und mit Teer ausgestatteter Weg als Verbindung. Dieser war durch unterirdisch verlaufende Wasserrohre in einer Hügelform angelegt. Seit dem Umbau des stadtauswärts führenden Abschnittes der Nutheschnellstraße fehlt diese Verbindung. Lediglich ein unbefestigter Sandweg der bei Regen und Schnee Gefahren birgt und im Sommer zur Staupiste verweist, ist erkennbar erhalten geblieben.

Nutzung von Parkraum (Spornstraße - Landesrechnungshof) (Nr. 365)

Der Parkplatz an der ehemaligen Datenverarbeitung (gegenüber Rechnungshof) wird wenig genutzt. Am Wochenende und abends wird er gar nicht genutzt, obwohl mit dem Nikolaisaal in der Nähe der Bedarf groß ist. Ebenso fehlt gerade zu bestimmten Höhepunkten in der Stadt Parkraum. Vielleicht könnte man mit dem Betreiber dieses Parkplatzes eine öffentliche Nutzungsmöglichkeit erreichen.

Asphaltierung von Parkwegen sparen (Nr. 408)

Im vergangenen Jahr wurden mit Kies befestigte und weitgehend intakte Spazierwege im Neuen Garten aufgerissen und neu asphaltiert. Ein Verzicht dieser Sanierung hätte nicht nur Geld gespart, sondern die Beibehaltung der Kieswege hätte dem besonderen Flair des Neuen Gartens gut gestanden. Zukünftig könnte auf derlei Sanierungs- und Verbesserungsmaßnahmen zugunsten des Haushaltes verzichtet werden.

Ersetzung sämtlicher Behelfsampeln mit Verkehrsinseln (Nr. 128)

Ich bin für Einsparungen von Ausgaben durch sämtlicher Behelfsampeln mit Verkehrsinseln, wobei winklige Kurven ein Stoppschild brauchen.

Keine überflüssigen Ampeln! (Nr. 184)

Der Neubau von überflüssigen Ampeln, wie zB mehrere in der Behlertstraße oder der Otto-Nagel-Straße sollte sofort gestoppt werden. Hier werden nur mehr Abgase produziert.

Genau wie damals die sinnlose neue Ampel in der Amundsenstraße Ecke Nedlitzer Straße, die allerdings schon wieder beseitigt wurde. Hierbei handelt es sich um unnütze Ausgaben. Eine bessere Planung ist dringend von Nöten!

Unnötigen Ausbau der Seepromenade in Groß Glienicke stoppen (Nr. 277)

Die Straße wurde nach der Wende mehrfach ausgebaut und befindet sich für den Betrachter in einem guten Zustand. Das Fällen von vielen gesunden Alleebäumen wegen des Ausbaus ist generell abzulehnen! - Hier kann ein Millionenbetrag eingespart werden -

Kein Umbau der Breiten Straße wegen Garnisonkirche (Nr. 239)

Die Breite Straße soll nicht in Höhe der Garnisonkirche umgebaut werden. Es steht die Notwendigkeit im Bezug zum Bau der Kirche nicht fest. Die Straße wird zur Slalomstrecke.

Breite Straße: Umbau verschieben (erst nach stehender Finanzierung Garnisonkirche) (Nr. 270)

Es wird vorgeschlagen mit dem Umbau der Breiten Straße zu warten bis die Garnisonkirche finanziell gesichert ist. Wenn die Garnisonkirche nicht finanziert werden kann, ist auch der Umbau hinfällig und dies würde Kosten sparen.

Einführung einer City-Maut (Nr. 452)

Besonders an Wochenenden erstickt die Innenstadt Potsdams am Freizeitverkehr, während Tiefgaragen am Rande oft Ueberkapazitäten aufweisen. Zur Umgehung von ampelregulierten Kreuzungen werden sinnlose Abstecher in die Innenstadt unternommen, das Problem dadurch oft noch verschärft. Wer eine radikale Beruhigung der Friedrich-Ebert bzw. Gutenbergstrasse durch eine Fussgaengerzone ablehnt, kann sich vielleicht fuer die Idee einer City-Maut ab Charlottenstrasse/Schopenhauerstrasse/Hegelallee/Hebbelstrasse erwarmen.

Kein Rückbau der Neuendorfer Straße (Nr. 331)

Damit Potsdam sein Haushaltsdefizit verringern kann, sollte folgende Ausgaben nicht mehr erfüllt werden: Den geplanten Rückbau der Neuendorfer Str. nicht durchführen.

Aktion "Teer muss her" in der Landeshauptstadt Potsdam (Nr. 409)

Das Thüringer Dorf Niederzimmern hat eine ungewöhnliche Aktion gestartet, um die Straßen zu sanieren. Die Gemeinde verkauft Schlaglöcher. Derzeit reihen sich auf der Dorfstraße rund 40 Schlaglöcher aneinander. Um sie zu reparieren, fehlt dem Ort im Weimarer Land das Geld. Das Dorf hat deshalb im Internet die Kampagne "Teer muss her" gestartet. Diese Aktion sollte zukünftig zeitnah und dauerhaft von Landeshauptstadt Potsdam initiiert werden und durchgeführt werden. Die Durchführung einer solchen Aktion lässt eine große finanzielle Einnahmestation und deren Verbesserung erwarten.

Verbesserung des Potsdam Verkehrs (Nr. 538)

Vorgeschlagen wird eine sinnvollere Ampelschaltung / Koordinierung zur Verbesserung des Verkehrsflusses und damit die Herstellung eines flüssigeren Verkehrs. Damit werden weniger Abgase produziert und es gibt weniger gereizte / aggressive Verkehrsteilnehmer. Derzeit sind die Ampelschaltungen so, dass nur Raser die "Grüne Welle" erreichen. Es gibt

aktuell eine Gefährdung für alle Verkehrsteilnehmer durch Temposünder / Raser und ein aggressives Miteinander. Es sollte regelmäßige Geschwindigkeitskontrollen MIT Verbot und Verwarnungen geben. Temposünder könnten so den Etat der Stadt aufbessern. Die Strafen würden daneben zu Verkehrsberuhigung und Sicherheit beitragen. Dies gilt insbesondere für die "Rennstrecken" Heinrich-Mann-Allee und Humoldtring. Auch sollen Parksünder auf Behindertenstellplätzen zur Kasse gebeten werden.

Strom sparen: Straßenbeleuchtung nur einseitig (Nr. 174)

Ich denke, die Stadt kann Strom sparen, wenn sie von jeder Straße nur eine Seite durchgängig nachts beleuchtet.

Bürgerschaft an Straßenreinigung beteiligen (Nr. 352)

Die Bürger sollten stärker an der Straßenreinigung beteiligt werden. Eine Reinigung direkt vor den Wohnblöcken, Wohnhäusern und den Straßen bzw. Gehwegen vor dem eigenem Haus wäre möglich und würde mit Bürgerbeteiligung die Kosten für die Stadt senken.

Straßenbau auf Reparaturmaßnahmen beschränken (Nr. 150)

Potsdam ist eigentlich gut ausgebaut, was Straßen, Radwege und Gehwege angeht. Man sollte sich nur auf Reparaturmaßnahmen beschränken und nichts Neues machen!

Einrichtung von Rechtsabbiegerkeilen (Nr. 132)

Ich bin für langfristige Einsparungen durch Errichtung von Rechtsabbiegerkeilen, an denen Busse von Buslinien aufgrund von fehlenden Grünpfeilen wegen Nichterfüllung aller Bedingungen warten müssen.

Eingespart wird Benzin, besonders jetzt aufgrund des Rekordpreises an den Tankstellen und Strom, da die vorhandenen Rechtsabbiegersignalanlagen eingespart werden. Gegen wen, insbesondere welche Behörde/Institution richtet sich Ihre Beschwerde? Gegen die Straßenverkehrsordnung, in der es keine Pflicht für so etwas gibt. Muss nach Ihrer Vorstellung ein Gesetz/eine Vorschrift geändert/ergänzt werden? Wenn ja, welche(s)? Es muss nach meiner Vorstellung eine Pflicht für so etwas im Straßenverkehrsgesetz zu stehen sein. Bitte begründen Sie Ihre Bitte/Beschwerde! Allein die Kommunen und Landkreise haben insgesamt eine Verschuldung von 595,3 Mrd. Euro (Stand September 2011), welche durch diese Maßnahme die Einnahmen von Kommunen und Landkreisen Extrem stark erhöht werden. Dies erhöht die Ausgaben der Kommunen und Landkreise, was zu mehr Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen führt.

Umweltfreundliche Mobilität stärken! (weniger Straßen bauen) (Nr. 62)

Autos sind sehr umwelt verschmutzende Verkehrsmittel. Auch wenn man ca. 40 "umweltfreundlichere" Elektroautos mit einer Straßenbahn mit 40 Insassen vergleicht, stellt man fest, dass die Tram viel weniger Energie verbraucht. Zum Glück leben wir in einer Großstadt (über 100.000 Einwohner), sodass man bequem auf den ÖPNV und bei Potsdam Größe und Relief (Flachland) leicht aufs Fahrrad umsteigen kann. Für Geh- und Radwege geschieht ja einiges erfreuliches momentan und der Straßenbau kann gern vernachlässigt werden, denn den vielen Autofahren ist diese Fortbewegung scheinbar immer noch nicht unbequem genug.

Erstellung eines innovativen Verkehrskonzepts (Nr. 185)

Die Verkehrsstaus in Potsdam (Behlertstr., Kurfürstenstr., Nuthestr.) belasten die Luft und die Lebensqualität, dies gilt übermäßig beim rein- und rausfahren. Daher: Ausschreibungen für Fachleute (evtl. der Universität, zB TU Berlin) von außerhalb für ein völlig neues innovatives Verkehrskonzept für die Stauregionen von Potsdam. Der „Ausbau der Behlertstraße“ ist zu wenig, um das zukünftig zu regeln. Ein spezialisierter Ingenieur oder ein Team muss her und dafür muss eben Geld bezahlt werden. Wenn man sich erinnert, wieviel Geld bisher für die Schwimmbadplanung versenkt wurde, sieht doch, dass Geld da ist.

Winterdienst durch Mieter (Nr. 368)

Winterdienst-Arbeiten vor ihren Wohnhäusern könnten bereitwillige, nicht mehr berufstätige Mieter selbst übernehmen. Sie erkennen schneller den Bedarf (bei Glätte, Schneefall usw.) und können sofort handeln. Eine geringe Aufwandspauschale oder die Bereitstellung von Schneeschieber, Besen, Schippe, Streusand sind bestimmt kostengünstiger, als Verträge mit großen Reinigungsfirmen, die nicht gleichzeitig überall sein können. Der helfende Mieter hätte noch den Vorteil, daß die Betriebskosten für das Haus bzw. die Wohnung geringer ausfallen (keine Position "Winterdienst").

Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderung mit Bedingungen verknüpfen (Nr. 15)

Gefördert werden sollte nur, was sich langfristig lohnt und Erträge in die Stadtkasse trägt.

Einführung/ Erhöhung von Touristenbus-Park-/ kommerzielle Schifffanlegegebühren (Nr. 473)

Es gibt viele Kosten, die durch die Touristen anfallen und durch diese auch bezahlt werden sollten.

Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung teilweise privatisieren (Nr. 412)

An Stelle der Touristenabgabe könnte man einen Verein zur Vertretung der Händler und Gewerbetreibenden in Potsdam gründen bzw. bestehende Organisationen wie die AG Innenstadt und den Verein freies Tor unter einem Dach zusammenführen. Diese Vertretung der Händler und Gewerbetreibenden könnte dann paritätisch mit der Stadt eine gemeinsame Organisation gründen, um ein bedarfsgerechtes Stadtmarketing und die Wirtschaftsförderung zu organisieren. Der Vorteil liegt in der Kostenaufteilung zwischen Stadt und Nutzern. Die Gewerbetreibenden und Händler profitieren von einem direkten Mitentscheidungsrecht - in Abhängigkeit von ihrer Mitwirkung in der Vertetung und ihrer finanziellen Beteiligung. Die Stadt kann ihre Kosten begrenzen.

Sonstiges

Amtsblatt Potsdam als Newsletter (Nr. 309)

Die elektronischen Medien sollen nicht nur zur Bereitstellung von Informationen verwendet werden, sondern auch zur aktiven Verteilung von Informationen. Die elektronische Verteilung des Potsdamer Amtsblatts per eMail (Newsletter) an Interessierte ist hierzu ein erster Schritt, insbesondere da bekanntgegebene Planungsverfahren mit laufenden Fristen verbunden sind.

Ausgliederung von allg. Leistungen in freie Wirtschaft (Nr. 140)

Es sollte eine Ausgliederung von allgemeinen Leistungen in die Potsdamer Wirtschaft stattfinden. Ziel sollte ein besserer Wettbewerb sein und nicht eine Erweiterung der Arbeit in "Scheinunternehmen der Verwaltung".

Umverteilung des jährlichen Haushaltsbudget (Deckelung Chef-Gehälter) (Nr. 517)

Die Gehälter der Chefs, Manager, usw der Potsdamer Stadtbetriebe sollten NICHT wesentlich das Gehalt des Oberbürgermeisters übersteigen. (Das ist keine Neid-Debatte, sondern ein Beitrag zur sozialen Hygiene) Mit dem eingesparten Geld könnten Kitas, Schulen und Sportvereine gebaut, saniert und gesponsert; und nicht zu vergessen, Straßen repariert werden.

Straßenbeleuchtung reduzieren (Nr. 532)

Damit Potsdam das Haushaltsdefizit verringern kann, könnte in den Wohngebieten jede zweite Straßenbeleuchtung ausgeschaltet werden. Im Bornstedter Feld ist es fast störend.

Stoffabtrocknungsrollen anstatt Händetrocknerpapier (Nr. 130)

Ich bin für Einsparungen durch Reduzierung von Ausgaben durch Ersetzung sämtlicher Händetrocknerpapiere durch Stoffabtrocknungsrollen.

Beidseitig Drucken! (Nr. 131)

Ich bin für Einsparungen durch langfristige Ausgabenreduzierung durch Ersetzung sämtlicher einseitig druckender Drucker auf beidseitig druckender Drucker.

Öko-soziale Beschaffung und Recyclingpapier in Schulen und Verwaltung (Nr. 350)

Originalvorschlag Nr. 350: Gefordert wird die Einführung von Recyclingpapier an allen Potsdamer Schulen. Diese soll in sämtlichen Druckern, Kopierern, Faxgeräten verwendet werden. Papier aus herkömmlicher Herstellung sollte komplett ersetzt werden. Recyclingpapier ist deutlich schonender für die Umwelt, da zur Herstellung weniger Wasser & Energie verbraucht wird. Recyclingpapier schont sowohl die heimischen Wälder als auch die natürlichen Holzvorkommen weltweit, und deshalb leistet sein Gebrauch einen wichtigen Beitrag für den heutigen und zukünftigen Umweltschutz. Es wurde zudem von den Herstellern bestätigt, dass herkömmliche Drucker & Faxgeräte Recyclingpapier vertragen. Recyclingpapier hat keinerlei Nachteile gegenüber Frischfaserpapier und kostet in großen Mengen nicht mehr. Außerdem schärft das Nutzen von Recyclingpapier in Schulen das Umweltbewusstsein der Potsdamer Schüler. Die Einführung von Recyclingpapier würde die Ausgaben nicht zwingend erhöhen.

Keine neuen "Werkstattverfahren" (Nr. 513)

Damit Potsdam das Haushaltsdefizit verringern kann, wird vorgeschlagen nie wieder kostspielige "Werkstattverfahren" durchzuführen (siehe Schwimmbad Brauhausberg). Das kostet hundettausende Euro aber bringt nichts, da sich ja eh nicht viel ändert oder alles beim Alten bleibt.

Direkte Nachfragen, anstatt viel Schriftverkehr mit Formblättern! (Nr. 75)

Bei Antragsstellungen bei verschiedenen Stellen in der Stadtverwaltung habe ich es in 10 Jahren bisher 2 Mal (!) zu meiner Freude erlebt, dass die entsprechende Mitarbeiterin mich zwecks einer Nachfrage angerufen oder auch per E-Mail kontaktiert hat. Die Sachverhalte konnten dann gleich am Telefon und per E-Mail geklärt werden. Hätte es Schriftverkehr mit Formblättern dazu gegeben, hätte das wieder unnötiges Porto, Papier- und mehrere Arbeitsstunden der Sachbearbeiterin gekostet. Manchmal habe ich das Gefühl, dass vieles als "Arbeitsplatzsicherung" mehrfach umständlich bearbeitet wird. Hier wäre sicher ein Qualitätsmanagement mit Optimierung der Abläufe angebracht. Das spart viel Geld (Ein gutes Beispiel dafür ist das Bürgerbüro -> viel Kompetenz auf kleinem Raum).

Erhöhung der Eintrittspreise (Nr. 281)

Allem Gemäcker zum Trotz: 1. Einführung eines Eintrittspreises für Sansouci (in meiner Stadt zahlen wir für den Besuch der Residenz pro Person mindestens 6 Euro und die Touristen zahlen gerne dafür! Die Residenz platzt vor Besuchern aus allen Nähten). 2. Erhöhung der Preise für die Schwimmbäder. Auch dafür geben die Bürger gerne Geld aus, wenn die Qualität und der Service stimmt! 3. Erhöhung der Preise für die Kulturveranstaltungen: Wer guten Unterhaltung haben möchte, muss auch dafür bereit sein, zu zahlen. Ich möchte noch eines klarstellen: Wer immer noch glaubt, dass Potsdam wie ein sozialistischer Einheitsbrei geführt werden kann, der irrt gewaltig! Eine Stadt muss wie ein Wirtschaftsunternehmen geführt werden, dann funktionieren auch die Einnahmen!

Alle Stadt-Einnahmen gleichmäßig erhöhen (Nr. 308)

Neulich laß ich in der FAZ: "Wenn das Wasser im Hallenbad kälter wird - Verkürzte Öffnungszeiten in den Bibliotheken, kälteres Wasser im Hallenbad, Einsparungen bei den Kultureinrichtungen: Die finanzielle Notlage durch die anhaltende Wirtschaftskrise zwingt immer mehr Gemeinden in Deutschland zu unpopulären Maßnahmen." Dabei gehts dann weiter mit "Kommunen verkürzen die Öffnungszeit für ihre Bibliotheken, senken die Wassertemperatur im Hallenbad und erhöhen die Gebühren. Die nackte Not zwingt immer mehr Gemeinden zu solch unpopulären Maßnahmen. In der Wirtschaftskrise sind ihre Einnahmen weggebrochen. Um den Anstieg der Verschuldung wenigstens in Grenzen zu halten, müssen sie reagieren. Die kommunalen Spitzenverbände rechnen mit weiteren Einschnitten und Erhöhungen. Die schwäbische Stadt Nürtingen macht vor, was auf die Bürger dieses Jahr so alles zukommen kann. Die Elternbeiträge für den Hort werden um 5 Prozent angehoben, die für die Ferienbetreuung sogar um 12 Prozent. Gebühren für die Musikschule steigen um 5 Prozent. Die Eintrittspreise für das Museum, die Parkentgelte und die Friedhofsgebühren klettern um 15 Prozent. Auch die Gewerbesteuer wird um 5 Prozentpunkte nach oben geschoben, die Grundsteuern steigen um 8 Prozentpunkte, die Hundesteuer fällt 11 Prozent höher aus."

Wenn also Potsdam so tief in der Sch... sitzt, sollten nicht nur einseitig die Ausgaben gesenkt werden, sondern andererseits auch die Einnahmen - wie durch die FAZ beschrieben - gleichmäßig erhöht werden. Wenn alle betroffen sind, wäre das zwar nicht im Sinne von "Wir zahlen nicht für Eure Krise", jedoch ein einzig richtiger, wenn auch äußerst unpopulärer Schritt... `>> DOCH was bringt es die Schulden auf den Schultern zukünftiger Generationen zu verteilen? Die Einnahmen müssen - leider - hoch!

Kosten sparen – durch Privatisierungen und weniger Zuschüsse (Nr. 296)

Damit Potsdam sein Haushaltsdefizit verringern kann, sollten Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen durchgeführt werden, wo dies zu Kosteneinsparungen führt. Auch sollte eine Reduzierung von Veranstaltungen zu denen die Stadt Zuschüsse zahlt, stattfinden.

Haushaltssicherung: Einsparung von freiwilligen Förderungen (Nr. 385)

Vorgeschlagen wird die deutliche Umsetzung des Haushaltssicherungskonzepts. Dabei sollte es einen Verzicht bei der Förderung kultureller Projekte und Einrichtungen geben, ein Abbau von überflüssigem Bürokratismus und die Reduzierung von Personalkosten, durch geschulteres Personal und verbesserte Verwaltungsabläufe geben. Ebenfalls ist die Reduzierung bei der Grünflächenpflege ein möglicher Ansatz, um zu sparen.

Reduzierung der Fraktionsfinanzierung (Nr. 307)

Zur Realisierung u.a. von Bürgervorschlägen könnte eine Reduzierung der Fraktions- und Gruppenfinanzierung um jährlich 25 Prozent erfolgen und das zur Verfügung stehende Geld dazu genutzt werden.

Fuhrpark der Stadt Potsdam kritisch analysieren (Nr. 536)

Vorgeschlagen wird, den Fuhrpark der Landeshauptstadt Potsdam kritisch zu hinterfragen. Hierbei sollte untersucht werden, wie umweltfreundlich und kostenaufwendig die PKW der Stadt tatsächlich sind.

Erhöhung der Gebühren und Kontrolle von Verstößen einschl. Sanktionen (Nr. 245)

Ich bin für die Erhöhung der Gebühren und Kontrolle von Verstößen einschließlich Sanktionen bei der Abfallentsorgung. Derzeit sind die Gebühren immer noch moderat.

Gebührenerhöhung durchführen (Nr. 257)

Damit Potsdam das Haushaltsdefizit verringern kann, sollte eine Erhöhung der Parkgebühren stattfinden, der Eintritt ins Schwimmbad erhöht oder eine ganz moderate Erhöhung der Müllgebühren stattfinden. Ebenfalls wird die Einführung einer Kulturabgabe (Bettensteuer) vorgeschlagen.

Erhöhung städtischer Gebühren (Nr. 386)

Vorgeschlagen wir die Erhöhung städtischer Gebühren zur Haushaltssicherung, beispielsweise durch eine Kostenerhebung bei der Sportstättennutzung von Vereinen oder die Erhöhung des Eintrittsgeldes für die Touristen in den Schlössern und Gärten.

"Gutachter-un-wesen" (Weniger Gutachten) (Nr. 117)

Potsdam leidet an einem "Gutachter-un-wesen". Man kann nicht für jede offensichtliche Binsenwahrheit einen (sehr teuren) Gutachter beauftragen.

Gutachten durch Stadtverwaltung nach Kosten-Nutzen (Nr. 121)

Ich schlage vor, den Aufwand- und Nutzeneffekt bei von der Stadt beauftragten Gutachten vor Beauftragung zu überprüfen (siehe Gutachten Transparenzkommission, Bertinistr., Schwimmhallenbau).

Kosten- Nutzenrechnung bei Gutachten (Nr. 246)

Ich schlage vor, dass vor der Inauftraggabe eines Gutachtens durch die Stadtverwaltung bzw. der Stadtverordnetenversammlung intensiver geprüft wird, ob dieses Gutachten unbedingt notwendig ist. Manchmal hat man den Eindruck, ein Gutachten wird zur Bestätigung der eigenen Position angefertigt und nicht, um eine Entscheidung treffen zu können. Auch muss nicht jede "Partei" bei Streitigkeiten ein Gutachten anfertigen lassen.

Man könnte ja eine gemeinsame Fragestellung zum Thema finden und nur einen Gutachter beauftragen.

Nur soviel ausgeben, wie zur Verfügung steht! (Nr. 12)

Es sollte nur soviel Geld ausgegeben werden, wie zur Verfügung steht. Es sollten keine neuen Schulden gemacht werden!

Neue Investition nur ohne Schuldenzuwachs (Nr. 138)

Der Schuldenabbau in Potsdam sollte dadurch stattfinden, in dem Potsdam eine zukunftsorientierte und handlungsfähige Haushaltspolitik betreibt. Somit sollten weitere Investitionen nur dann im Haushalt stehen, wenn diese ohne Neuverschuldung möglich / realisierbar sind.

Kosten für Öffentlichen Nahverkehr/Schwimmbäder durch PPP verringern (Nr. 425)

Mit einer Public Private Partnership (PPP) auch Öffentlich-Privaten Partnerschaft (ÖPP), könnten im Bereich des Öffentlichen Nahverkehrs und der Schwimmbäder die Ausgaben verringert werden.

Schlankere Verwaltung durch mehr IT Einsatz (Machbarkeitsstudie) (Nr. 208)

Im Zuge der Verwaltungsmodernisierung sollte auch Potsdam mit der Zeit gehen und in die IT Infrastruktur investieren. Dies erzeugt auf den ersten Blick erstmal Kosten, kann aber zu wesentlichen Prozessverschlinkungen und damit zu Effizienz und Effektivitätsgewinnen führen. Wenn die Prozesse schlanker werden, dann können die Sachbearbeiter schneller arbeiten bzw. es werden weniger benötigt. Ich wäre dafür, eine Machbarkeitsstudie in auftrag zu geben bzw. es sollte jdm konkret bewerten, wo in Potsdam in diesem Punkt Potenzial für Verbesserungen existieren. Es sollte sich dabei mit den "besten" Städten Deutschlands gemessen werden...

Verwaltungsapparat verringern (Nr. 399)

Damit Potsdam das Haushaltsdefizit verringern kann, sollte eine weitere Reduzierung des kommunalen Verwaltungsapparats vorgenommen werden. Sinnlos teure Gutachten könnten preisgünstigerer durch Wettbewerbsausschreibung im Vorfeld eingespart werden.

Sparen durch Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten (Nr. 306)

Vermeidung von doppelter Arbeit durch Zusammenlegung mehrerer Bereiche der Verwaltung

Krankenstand in der Verwaltung reduzieren (Nr. 141)

Es sollte eine Untersuchung und Klärung der Ursachen des zweithöchsten Krankenstands (im Bereich Potsdam Stadt) im Bundesgebiet geben, mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Herstellung von Arbeitsfähigkeit.

Personalkosten Stadtverwaltung reduzieren (Nr. 139)

Die Personal- und Bearbeitungskosten bspw. der Hundesteuer stehen in keinem Verhältnis zu den erzielten Einnahmen. Wieviel Hunde benötigt Potsdam eigentlich, um ein positives Ergebnis zu erreichen? Die Personalkosten sollten reduziert werden.

Optimierung der Ausgaben (Beamtenapparat verkleinern) (Nr. 234)

Der Beamtenapparat sollte dezimiert werden und damit die Ausgaben verringert.

Personalkosten der Bediensteten Potsdams (Nr. 508)

Die Personalkosten der Bediensteten der Landeshauptstadt (für Angestellte sowie Beamte) sollten in der Vergütungsentwicklung an die Quoten der Rentenerhöhung gekoppelt werden.

Vermeidung von Rechtsstreitigkeiten (Nr. 266)

Vermeidung von teuren Rechtsstreitigkeiten zur Durchsetzung von stadtplanerischen Luxusvorstellungen, in dem Fall Errichtung von Uferwegen über Privatgrundstücke. Wenn sich kein Einvernehmen erzielen lässt, ist auf den Luxus von öffentlichen Uferwegen zu verzichten - Potsdam hat davon wahrlich genug - und die Geldvernichtung durch teure Gerichtsverfahren einzustellen!

Schuldenabbau realisieren (Nr. 203)

Über Reduzierung von Personalkosten durch Verbesserung von Verwaltungsabläufen, Verzicht auf die Förderung kultureller Projekte / Einrichtungen, Reduzierung der Leistungen beispielsweise im Bereich der Grünflächenpflege, Erhöhung der Grundsteuer, Erhöhung von städtischen Gebühren, Erhebung von Nutzungsgebühren für Sportstättennutzung bei Vereinen.

Stadtwerke-Festival einsparen (Nr. 182)

Beim Gratis-Kundenfest der Stadtwerke könnte man einsparen. Die in Bussen anreisenden Tagesgäste müssten mit einem Pflichteintritt belangt werden! Gleichberechtigung gegenüber den Potsdamer Gebürenzählern! Anschreiben der SWP an alle Potsdamer Gastronomen, ob Interesse an bezahlbarer Teilnahme am besagten Stadtwerkefest! Warum stehen dort Stadtfremde Versorger?

Stadtwerkefest sparen (Nr. 268)

Keine unangemessenen Ausgaben für teure Stars.

Begrüßungsgeld für Studenten streichen (Nr. 311)

Nachdem sich die Bildungseinrichtungen der Stadt etabliert haben, kann man künftig auf die Praxis vergangener Jahre verzichten und, falls noch nicht gestrichen, Begrüßungsprämien entfallen lassen. Ein besseres Mittel Studenten in die Stadt zu locken, wäre es für günstigen Wohnraum für Auszubildende und Studenten zu sorgen. Dann würde auch die Pendelei von Vielen zwischen Berlin und Potsdam sich verringern.